

Arbeitskampf in Schweizer Druckindustrie gerät in Bewegung.

## Noch kein Streik, aber harte Fronten

Im Arbeitskampf in der schweizerischen Druckindustrie ist am Wochenende einiges in Bewegung geraten. Die Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) und der Schweizerische Lithographenbund (SLB) boten den Arbeitgebern eine neue Gesprächsrunde an, nachdem sie von ihren Mitgliedern mit überwältigendem Mehr die Kompetenz zur Ausrufung von Streiks erhalten hatten. Die Schweizerische Graphische Gewerkschaft (SGGJ, die bis jetzt mit dem Schweizerischen Verband Graphischer Unternehmen (SVGU) getrennt verhandelt hatte, brach dagegen die Gespräche nach sieben Runden ab.

Beide Seiten machten jedoch nochmals deutlich, dass sie zu weiteren Kompromissen vorerst nicht bereit sind. Vertreter des gemeinsamen Nationalen Aktionskomitees von GDP und SLB erklärten im Anschluss an eine fünfstündige Sitzung in Bern, nach dem eindeutigen Ergebnis der Urabstimmung seien Konzessionen nicht mehr möglich. SVGU-Sprecher Ignaz Reuttinger seinerseits sagte, bereits das letzte Angebot der Arbeitnehmer habe sich im oberen Bereich des Möglichen bewegt. „Weitergehende Zugeständnisse würden unsere Mitgliedsfirmen nicht mehr akzeptiert.“ In der Urabstimmung, die am Mittwoch eröffnet und am Freitag abgeschlossen worden war, sprachen sich neun von zehn Gewerkschaftern für Streiks aus. Die nach den Statuten notwendige Zwei-Drittels-Mehrheit wurde damit deutlich übertroffen. Bei der GDP, der mit gut 15'000 Mitgliedern grössten Druckergewerkschaft, lag bei einer Beteiligung von 52,0 Prozent der Ja-Stimmen-Anteil bei 89,4 Prozent. Beim SLB waren sogar 96,3 Prozent der Mitglieder für Arbeitsniederlegungen. 47,8 Prozent der knapp 7'000 SLB-Mitgliedern beteiligten sich an der Befragung.

Informationen von GDP-Zentralsekretär Heinz Thommen zufolge wollen die Gewerkschafter bereits heute Montag mit den Arbeitgebern einen neuen Gesprächstermin vereinbaren. Als Zeitrahmen für Verhandlungen nannte Thommen die beiden kommenden Wochen. Er schloss nicht aus, dass es bis dahin auch zu Kampfmassnahmen kommen könnte. An seiner Sitzung habe das Nationale Aktionskomitee verschiedene Szenarien diskutiert, die von Versammlungen während der Arbeitszeit bis zu echten Arbeitsniederlegungen reichten.

Am 18. Juni will auch die SGG an einer Präsidentenkonferenz über das weitere Vorgehen entscheiden. Zur Sprache, sollen auch Kampfmassnahmen kommen, sagte SGG-Zentralsekretär Markus Wyss. Die SGG, die mit 4'500 Mitgliedern kleinste Druckergewerkschaft, die im SVGU-Bereich aber mehr Arbeitnehmer vertritt als der SLB, hatte die Gespräche mit dem SVGU am Freitagabend nach der siebenten Verhandlungsrunde in Olten für gescheitert erklärt.

Noch Ende März hatte die SGG beschlossen, die Gespräche mit den Arbeitgebern trotz unbefriedigenden Ergebnissen fortzusetzen, zugleich aber auf insgesamt fünf Forderungen zu beharren. Dazu gehörte unter anderem die Unterstellung von Teilzeitbeschäftigten unter den GAV und eine Realloohnerhöhung um 100 Franken. Als unabdingbare Forderung wurde eine zusätzliche Ferienwoche genannt.

"Seitdem haben wir nichts anderes gemacht, als unsere Forderungen zusammenzuziehen", sagte SGG-Sekretär Wyss in einem. Die SGG sei zuletzt bereit gewesen, auf vier der fünf Forderungen zu verzichten, wenn innerhalb der vier nächsten Jahre eine zusätzliche Ferienwoche eingeführt werde. Die Arbeitgeber hätten zwar zuletzt eine tageweise Einführung angeboten, dafür aber einen sechsjährigen Vertrag gefordert. Für den SGG sei das unannehmbar. SVGU-Sprecher Reutlinger bestritt eine fehlende Kompromissbereitschaft der Arbeitgeber. Die Einführung einer zusätzlichen Ferienwoche innerhalb der nächsten vier Jahre sei aber nicht möglich. „Wir sind dazu nicht in der Lage“, sagte Reutlinger. Neben den zusätzlichen Kosten spreche vor allem dagegen, dass dadurch der ohnehin schon drückende Personalmangel nochmals verschärft würde.

Eine zusätzliche Ferienwoche wird zwar auch von GDP und SLB verlangt. Hauptstreitpunkt ist hier aber die Harmonisierung der beiden Gesamtarbeitsverträge (GAV). Sie ist deshalb schwierig, weil der Vertrag des SLB die Arbeitnehmer in einigen Punkten besser stellt als der GDP-GAV. Die Gewerkschafter bestehen auf Wahrung des Besitzstandes. Die Arbeitnehmer lehnen das mit der Begründung ab, dass der SLB-Vertrag bisher nur für sechs Prozent der rund 1'500 SVGU Mitgliedsfirmen gegolten habe, bei den restlichen 94 Prozent aber der GDP-GAV zur Anwendung gelangt sei.

Darüber hinaus waren GDP und SLB auch mit einem Fünf-Punkte-Forderungspaket zu den Verhandlungen angetreten. Neben mehr Ferien werden auch die Erhöhung der Minimallöhne für Hilfsarbeiterinnen, die Lohnfortzahlung bei Krankheit, der Ausgleich der Teuerung und die Unterstellung der Lehrlinge unter den GAV verlangt. GDP und SLB hatten die Verhandlungen bereits am 10. März abgebrochen, nachdem eine Annäherung der Standpunkte in acht Gesprächsrunden nicht erreicht worden war. Seit dem 1. April herrscht in der Branche, in der rund 60'000 Menschen beschäftigt sind, ein vertragsloser Zustand.

SoAZ, 30.5.1988.

GDP > Vertragsverhandlungen. SoAZ, 1988-05-30